

## Rechtsanmaßung gegen Verständigung und Wiedervereinigung

Die skandalöseste Konsequenz der aggressiven revanchistischen Politik der SPD-Führung ist ihre Beteiligung an dem Gesetz, das die westdeutsche Rechts- und Gerichtshoheit über alle Deutschen außerhalb der Bundesrepublik in Anspruch nimmt.

So weit zu gehen, hat selbst Hitler vor seinen Eroberungskriegen nicht gewagt. Er pflegte immer erst nach der militärischen Eroberung fremder Länder deren Bürger der Terrorjustiz der deutschen Imperialisten zu unterwerfen. Unter Mitwirkung und Zustimmung der SPD blieb es der Regierung Erhard vorbehalten, schon vor Realisierung der geplanten Aggressionen die westdeutsche Jurisdiktion auf Gebiete anderer Staaten und deren Bürger auszudehnen. Nach dem Wortlaut dieses entlarvenden Gesetzes „Über die befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“ ist die Alleinvertretungsanmaßung Bonns nicht einmal auf die Grenzen von 1937 beschränkt. Es könnte ohne weiteres auch auf Bürger Österreichs, der Schweiz, ja sogar Argentiniens angewandt werden. Es handelt sich hier um den unverschämten Versuch einer Neuauflage nazistischer Herrschaftsansprüche und der Sammlung aller Menschen deutscher Herkunft, ganz gleich, welcher Staatszugehörigkeit, in der Unterwerfung unter ein westdeutsch-imperialistisches Recht und unter eine westdeutsch-imperialistische Gerichtsbarkeit.

Es ist offenkundig: Das Gesetz soll den Alleinvertretungsanspruch der herrschenden Kreise in Bonn juristisch sanktionieren. Es ist zugleich Bestandteil des expansionistischen Strebens der deutschen Imperialisten nach Vorherrschaft in Europa. Es verstößt gegen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und verletzt die Charta der Vereinten Nationen und andere Normen des Völkerrechts. Daher ist *dieses Gesetz rechtsunwirksam*.

Das Gesetz soll die Bonner Regierung und ihre Polizeibehörden zu absoluter Willkür vor allem gegenüber Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik aber auch anderer Staaten ermächtigen und ermuntern.

Die westdeutsche Bundesregierung will damit erreichen, daß sich Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die zum Beispiel beabsichtigen, in einer Versammlung in Hannover aufzutreten.